P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 118 JUNI 1970 EINZELPREIS S 3,-

DER GROSSE AUFRUF MAO TSETUNGS VOM 20. MAI 1970:

VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH, BESIEGT DIE USA-AGGRESSOREN UND ALLE IHRE LAKAIEN!

Gegenwärtig nimmt im Weltmaßstab der Kampf gegen den USA-Imperialismus einen neuen Aufschwung. Nach dem zweiten Weltkrieg haben der USA-Imperialismus und seine Anhänger wiederholt Aggressionskriege entfesselt, und die Völker verschiedener Länder haben immer wieder durch revolutionäre Kriege Siege über die Aggressoren errungen. Die Gefahr eines neuen Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution.

Die USA-Aggressoren, die in Vietnam und Laos nicht siegen können, haben verschwörerisch den reaktionären Staatsstreich der Clique Lon Nol-Sirik Matak angezettelt, skrupellos Truppen nach Kambodscha entsandt und ihre Bombardements im Norden Vietnams wieder aufgenommen, all das hat unter den Völkern der drei Länder Indochinas empörten Widerstand ausgelöst. Ich unterstütze mit Wärme den Kampfgeist des Staatsoberhauptes von Kambodscha Samdech Norodom Sihanouk gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien, unterstütze mit Wärme die gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker, unterstütze mit Wärme die Bildung der Königlichen Regierung der Nationalen Union unter Führung der Nationalen Einheitsfront von Kampuchea. In verstärktem Zusammenschluß, einander unterstützend und im langwierigen Volkskrieg ausharrend, werden die Völker der drei Länder Indochinas mit Sicherheit alle Schwierigkeiten überwinden und den vollen Sieg erringen.

Der USA-Imperialismus massakriert Menschen in anderen Ländern, zugleich auch Weiße und Schwarze in seinem eigenen Land. Nixons faschistische Gewalttaten haben die lodernden Flammen der revolutionären Massenbewegung in den USA entfacht. Das chinesische Volk unterstützt entschieden das amerikanische Volk in seinem revolutionären Kampf. Ich bin überzeugt, daß das heldenhaft kämpfende amerikanische Volk letzten Endes den Sieg davontragen und die faschistische Herrschaft in den USA unausbleiblich mit Niederlage enden wird.

Fortsetzung auf Seite 2

Von Schwierigkeiten von innen und außen bedrängt, steht die Nixon-Regierung im Inland vor einem Chaos und ist in der Welt bis zum äußersten isoliert. Die Massenbewegung zum Protest gegen die Aggression der USA in Kambodscha erfaßt den ganzen Erdball. Die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha ist in weniger als 10 Tagen nach ihrer Bildung schon von nahezu 20 Ländern anerkannt worden. Die Lage im Widerstandskrieg der Völker der drei Länder Vietnam, Laos und Kambodscha gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlandes wird immer besser. Der revolutionäre bewaffnete Kampf der Völker aller Länder Südostasiens, der Kampf der Völker Koreas, Japans und der anderen Länder Asiens gegen die Wiederbelebung des japanischen Militarismus durch die amerikanischen und japanischen Reaktionäre, der Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen die USA- und israelischen Aggressoren, der nationale Befreiungskampf der Völker verschiedener Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und der revolutionäre Kampf der Völker Nordamerikas, Europas und Ozeaniens — sie alle entwickeln sich stürmisch. Das chinesische Volk unterstützt entschieden die drei Völker Indochinas und die anderen Völker der Welt in ihrem revolutionären Kampf gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien.

Der USA-Imperialismus sieht wie ein Ungeheuer aus, ist aber in Wirklichkeit ein Papiertiger und führt nun den letzten Verzweiflungskampf. Wer fürchtet denn wen in der heutigen Welt? Nicht das vietnamesische Volk, das laotische Volk, das kambodschanische Volk, das palästinensische Volk, die anderen arabischen Völker und die Völker aller Länder der Welt fürchten den USA-Imperialismus, sondern der USA-Imperialismus fürchtet die Völker aller Länder der Welt, und, sobald die Blätter im Wind rascheln, gerät er schon in Panik und Verwirrung. Unzählige Tatsachen beweisen: Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte.

Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!

Aufruf des ZK der MLPÖ

Die weitblickende Feststellung Mao Tsetungs, daß die internationale strategische Lage für die Völker ausgezeichnet ist, hat in den letzten Wochen in allen Teilen der Welt, insbesondere aber in Asien, eine neuerliche glänzende Bestätigung erfahren. Vor allem die Lage im indochinesischen Raum, wo der amerikanische Imperialismus den entscheidenden Schlag gegen die Völker zu führen hoffte, entwickelt sich eindeutig in Richtung einer totalen Niederlage der imperialistischen Aggressoren.

Auf die freche Erweiterung ihrer verbrecherischen Aggressionen nun auch gegen Kambodscha haben die US-Imperialisten eine Antwort bekommen, die sie sich nicht haben träumen lassen. Unter Führung des rechtmäßigen Staatsoberhauptes von Kambodscha, Samdech Norodom Sihanouk, hat die Nationale Einheitsfront von Kampuchea auf den vom US-Geheimdienst inszenierten Putsch der faschistischen Clique Lon Nol - Sirik Matak und auf den Einfall der US-Soldateska in Kambodscha mit beispielhafter Entschlossenheit reagiert, eine konsequent antiimperialistische patriotische Regierung der Nationalen Union gebildet, alle fortschrittlichen Kräfte des Khmervolkes in kürzester Zeit zum bewaffneten Widerstandskampf mobilisiert und den eindringenden Aggressoren und ihren Quislingen eine Reihe wuchtiger Schläge versetzt. Mit Freude und Genugtuung registrieren wir, daß diese tapfere patriotische Antwort des kambodschanischen Volkes innerhalb

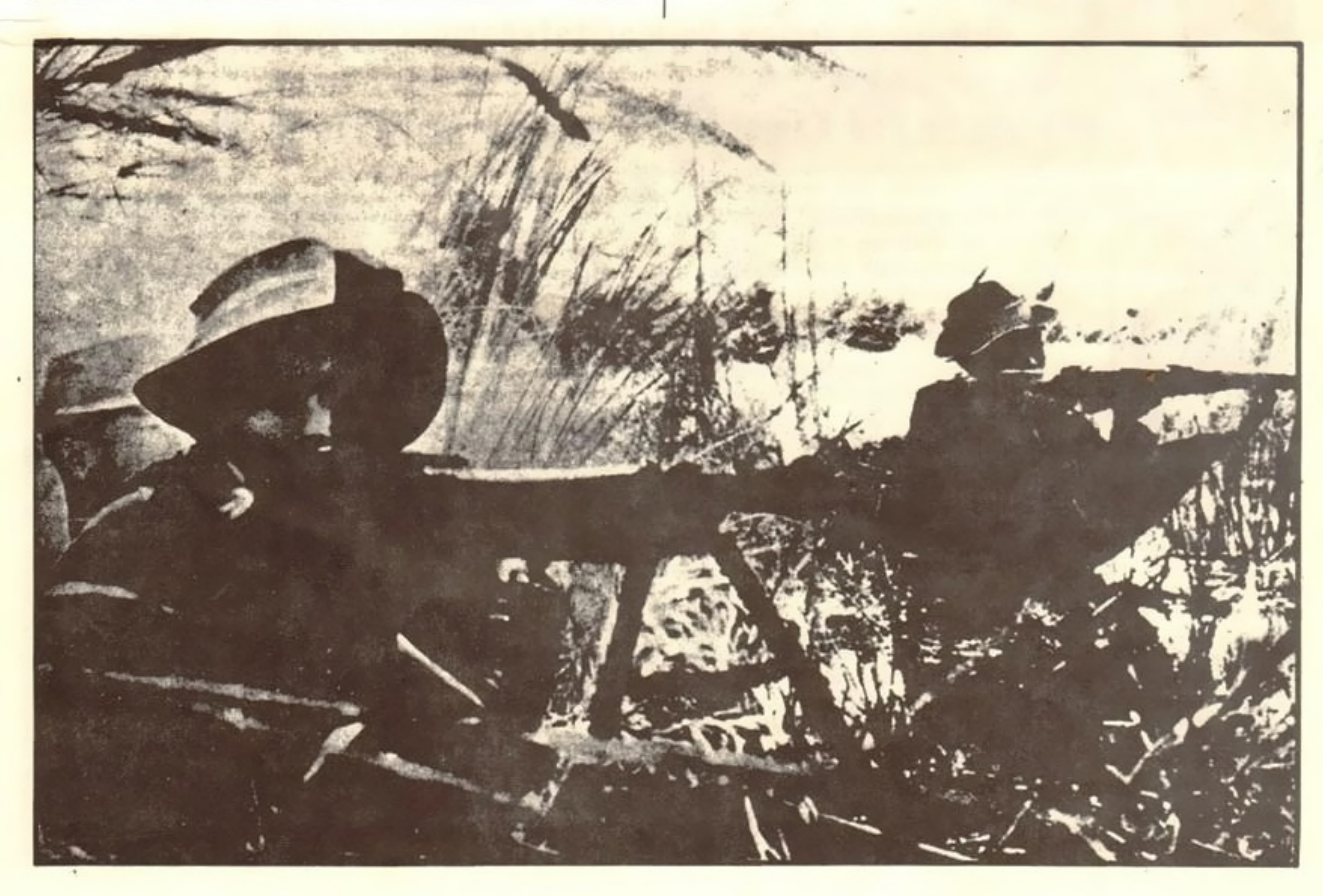
von wenigen Wochen zur Befreiung und Wiedergewinnung von mehr als der Hälfte seines Heimatbodens geführt hat.

Ein Ereignis von größter Tragweite im bewaffneten Freiheitskampf der Völker Indochinas ist die Ende April 1970 im Grenzgebiet von Laos, Vietnam und der VR China abgehaltene Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker. Diese welthistorische Zusammenkunft und Beratung der führenden Vertreter der Völker von Kambodscha, Laos, Nordvietnam und Südvietnam hat volle Übereinstimmung ihrer Auffassungen ergeben und eröffnet unbegrenzte Möglichkeiten der Koordinierung und Vereinigung des Kampfes der indochinesischen Völker zur Vertreibung der US-Imperialisten und ihrer Kreaturen nicht nur aus Vietnam, sondern aus dem ganzen indochinesischen Raum.

Eine neue Etappe im Prozeß der Vereinigung der asiatischen Völker im Kampf gegen den Weltimperialismus mit den USA an der Spitze manifestiert sich auch in den Ergebnissen des Freundschaftsbesuches des Ministerpräsidenten der VR China, Tschu En-lai, in der Demokratischen Volksrepublik Korea, und seines Zusammentreffens mit dem Führer des koreanischen Volkes Kim Ir Sen, Anfang April dieses Jahres. Dieser Besuch hat die brüderlichen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem koreanischen und dem chinesischen Volk außerordentlich vertieft und ihre feste Solidarität im Kampf gegen den US-Imperialismus und gegen den japanischen Militarismus demonstriert. Er bedeutet zugleich eine nachdrückliche Abfuhr für alle Versuche der sowjetrevisionistischen Machthaber, die Beziehungen zwischen der VR China und der DVR Korea zu vergiften und mit dem japanischen Militarismus gegen die ostasiatischen Völker zu konspirieren.

Auch der Mitte Mai 1970 erfolgte Besuch des 1. Sekretärs des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, des Genossen Le Duan, in der Volksrepublik China und seine Zusammenkunft mit Genossen Mao Tsetung bedeutet einen weiteren Schritt zur noch engeren Zusammenarbeit und noch festeren Kampfgemeinschaft zwischen Volkschina und dem heldenhaften Vietnam, was dem vietnamesischen Volk zweifellos zu noch größeren Siegen über die US-Aggressoren und ihre Quislinge verhelfen wird.

All diesen begeisternden Ereignissen folgte



am 20.Mai 1970 der historische Aufruf Mao Tsetungs "Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien!" Dieser Aufruf faßt die heutige Situation in den Zentren der Weltrevolution und in der Welt überhaupt in genialer Weise zusammen und legt mit aller Klarheit die Hauptaufgaben dar, vor denen die Völker der Welt, geführt von den revolutionären Kräften mit den marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze, heute stehen. Es ist ganz offensichtlich und wird vom politischen Geschehen in aller Welt schon jetzt bestätigt, daß der großartige Aufruf des größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit in allen Teilen der Erde ein begeistertes Echo finder und wesentlich dazu beitragen wird, den internationalen Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien, einschließlich der sowjetisch-revisionistischen Verräterclique, auf eine noch höhere Stufe zu heben.

Für uns österreichische Marxisten-Leninisten und darüber hinaus für alle revolutionären, wirklich antiimperialistischen, freiheitsliebenden Kräfte unseres Landes enthält der große Aufruf Mao Tsetungs äußerst wichtige Hinweise und dringende Verpflichtungen. Es gilt jetzt, den Kampf gegen den US-Imperialismus und seine offenen oder versteckten Kollaborateure auch in Österreich wesentlich zu verstärken, alle diesbezüglichen Aktionen mit Entschiedenheit zu forcieren und alles zu tun, um die Bildung einer breiten vereinigten Kampffront gegen den US-Imperialismus und seine Alliierten in die Wege zu leiten.

Demgemäß fordert das ZK der MLPÖ alle Mitglieder und Kandidaten, alle Freunde und Weggefährten unserer Partei auf, ihre ganze Kraft der Lösung dieser entscheidenden Aufgaben zu widmen, ohne Vernachlässigung der revolutionären Wachsamkeit und Prinzipienfestigkeit größtmögliche Beweglichkeit und Kühnheit an den Tag zu legen, auf allen Ebenen der Partei, insbesondere von ihren Grundorganisationen her zielführende Initiativen zu entwickeln, zugleich aber auch positive Initiativen wirklich antiimperialistischer Kräfte außerhalb der Partei mutig aufzugreifen und maximal zu unterstützen.

8.Juni 1970 ZK DER MLPÖ

Die grossartige Solidaritätsdemonstration

für Vietnam und Kambodscha vom 14. Mai 1970 in Wien



Über der Akademie der bildenden Künste in Wien flattert die Fahne des kämpfenden Vietnam

Für Donnerstag, den 14. Mai 1970, hatte das Ständige Vietnam-Büro, eine überparteiliche Arbeitsgemeinschaft verschiedener antiimperialistischer Jugendorganisationen und sich als linksgerichtet verstehender politischer Gruppen, darunter der jetzt nicht mehr im Troß der KPÖ marschierenden FÖJ, in Wien zu einer großen Demonstration aufgerufen, um der Wiener arbeitenden Bevölkerung, voran der Jugend, Gelegenheit zu geben, sich der weltweiten Protestbewegung gegen die US-imperialistischen Verbrechen in Vietnam und Kambodscha anzuschließen. Angesichts der tiefen Empörung, die auch in Österreich über die Ausweitung der Aggressionen der US-Imperialisten in Indochina herrscht, fand der Appell des Vietnam-Büros lebhaftes Echo.

Er fand es auch bei den österreichischen Behörden. Die Bewegung war offensichtlich zu stark, um ihr gegenüber mit Verboten auskommen zu können. Also mußte man sie "erlauben", versuchte dafür aber umso eifriger, gegen sie Stimmung zu machen. In ständig wiederholten Durchsagen über Radio und Fernsehen wurde die Bevölkerung aufgefordert, das Gebiet möglichst zu meiden, durch das sich die Demonstration bewegen sollte; die Autobesitzer wurden gewarnt, in diesem Gebiet ihre PKWs abzustellen, da die Gefahr von Beschädigungen nicht auszuschlie-



Große Aufschriften am Hauptportal der Universität in Wien erinnern an die Verbrechen der US-Faschisten



ßen sei; man deutete den "unberechenbaren", "gewalttätigen" Charakter "derartiger" Demonstrationen an, die oft in eng geschlossenen Blocks und im Laufschritt erfolgten und unüberhörbar ließ man aus diesen "Hinweisen" und Warnungen die "Sorge" herausklingen, es könne nur allzuleicht zu "Exzessen" und "Ausschreitungen" kommen, vor denen sich die Bevölkerung am besten durch freiwilligen Hausarrest oder durch Abwesenheit schützen könne.

Diese ganze niederträchtige, von den Behörden aktiv unterstützte Hetze und Stimmungsmache hat ihren Organisatoren freilich wenig genützt. Die Demonstration vom 14. Mai in Wien gestaltete sich vom Anfang an zur größten und eindrucksvollsten Anti-US-Demonstration, die Österreich bisher gesehen hat. Selbst die bürgerliche Presse sah sich gezwungen, von 3.000 aktiven Teilnehmern, nicht mitgerechnet die tausenden Menschen, die sich mit ihnen solidarisierten, zu berichten und dem Schwung, der guten Organisation und der kämpferischen Durchschlagskraft der Demonstration Beachtung zu schenken. Bei der Auswahl der Bildberichte und Fotos freilich (die wir aus finanziellen Gründen teilweise verwenden müssen) ging es nicht ohne die gewohnte Manipulation und Zensur. So wurde das Foto der vietnamesischen Fahne freigegeben, die von Studenten auf dem Dach

Kundgebung auf dem Stephansplatz gegen die US-Aggressoren und ihre Lakaien, die hinter Phrasen von "westlicher Demokratie" lediglich "Krieg - Terror - Gewalt" gegen die Völker bereit haben. Darunter: Der Protestmarsch tausender junger Menschen gegen die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam und Kambodscha blockierte stundenlang die Wiener Innenstadt



der Akademie der Bildenden Künste gehißt worden war, aber daß die Wiener auch die US-Flagge vom Hotel Bristol, dem Wohnsitz des amerikanischen Chefdelegierten bei der SALT-Konferenz, heruntergeholt und durch eine Fahne der vietnamesischen Befreiungsfront ersetzt hatten, wurde weitgehend vertuscht und scheint auch der KPÖ unangenehm gewesen zu sein. Eine ähnliche Zensur waltete bei den Berichten über die Parolen und Transparente, während die bürgerliche Presse zu den Aufschriften, die in großen Buchstaben von den Wänden etlicher Gebäude der Wiener Innenstadt leuchteten und zum Protest gegen die US-faschistischen Mordtaten aufriefen, nur das verlogene "Argument" hatte, dadurch werde der Verputz beschädigt und es seien "hohe Renovierungskosten" zu befürchten.



Nicht nur ihrer zahlenmä-

ßigen Größe, sondern auch ihrem politischen Inhalt und ihrer revolutionären Reife nach stellt die Massendemonstration vom 14. Mai 1970 einen Höhepunkt der politischen Entwicklung der letzten Jahre dar. Das wird besonders an den Forderungen klar, die eine zwölfköpfige Abordnung der Demonstrierenden auf dem von stahlhelmbewehrter Polizei zernierten Ballhausplatz dem "sozialistischen" Bundeskanzler Dr. Kreisky aushändigte. Es heißt in dieser Forderungsliste, die als "Offener Brief" in Massenumfang verbreitet wurde:

"Das vietnamesische Volk führt seit Jahrzehnten einen Befreiungskrieg, zuerst gegen französische, später gegen amerikanische Aggressoren, deren Brutalität nur in den seltensten Fällen, wie z. Bsp. beim Massaker von My Lai, an die Öffentlichkeit dringt.

Angesichts der unmittelbaren Einbeziehung ganz Indochinas in die Militärstrategie der USA stellen die Teilnehmer der Demonstration fest, daß es zu den Verpflichtungen eines neutralen Staates gehört, die Bestrebungen der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts aller Völker zu unterstützen. Die Demonstranten erklären sich daher mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Südvietnam, Laos und Kambodscha solidarisch."

Auf diese Feststellungen gestützt, erhebt der Offene Brief an den österreichischen Bundeskanzler im Namen der tausenden Demonstranten die folgenden außenpolitischen Forderungen, die nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden werden:

AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN ZUR DEMOKRATISCHEN REPUBLIK VIETNAM!

ANERKENNUNG DER PROVISORISCHEN REVOLUTIONSREGIERUNG DER REPUBLIK SÜDVIETNAM!

ABBRUCH DER BEZIEHUNGEN ZUM PUTSCHISTENREGIME LON NOL IN KAMBODSCHA!

Mittels dieser und durch diese drei Maßnahmen: AKTIVE VERURTEILUNG DER AMERIKANISCHEN AGGRESSION GEGEN DIE VÖLKER INDOCHINAS!

Mit Recht erinnert der Offene Brief daran, daß eine diesen Namen verdienende "aktive österreichische Neutralitätspolitik" undenkbar ist, solange sich die österreichische Regierungspolitik ausschließlich "in dem von der amerikanischen Regierung vorgegebenen Rahmen" bewegt!

Auch aus den mitgeführten Tafeln und Transparenten sowie aus den Sprech-Chören wurde das hohe politische Niveau und die revolutionäre Konsequenz der Demonstration ersichtlich. Außer den schon bekannten Losungen wie

"Für den Sieg des vietnamesischen Volkes!"

"Amis, raus aus Indochina!"

"Vietnam wird nie - Ami-Kolonie!"

"Nixon - Mörder!" usw.

waren auch Sprechchöre der folgenden Art zu hören:

"SALT bedeutet Packelei, macht nicht Indochina frei!"

"SALT-Gespräch in Wien - NAPALM in Indochina! Schluß damit!"

"Aus jedem Land und jedem Ort jagt die Weltgendarmen fort!"

Zugleich zog ein großes Transparent (siehe Bild unten) die entscheidende politische Schlußfolgerung:

"Die höchste Stufe des Kampfes gegen den Imperialismus ist der Kampf für den Sozialismus!"



Der schießende NDP-Faschist Schmidberger auf der Rampe der Universität - wußte der Presse-Fotograph, der ihn so exakt auf sein Bild bekam, was da vorbereitet worden war?

Es ist begreiflich, daß gerade diese revolutionäre Klarheit etlichen Verteidigern der US-Aggressoren Ursache heftigsten Ärgernisses war und etwa das ÖVP-"Volksblatt" am 15. Mai 1970 dazu verleitete, die eindrucksvolle und ausgezeichnet organisierte Demonstration tausender fortschrittlicher Menschen als "lächerlichen Radau" eines "kleinen Häufleins Berufsdemonstrierer" zu beschimpfen, der einen "jämmerlichen Eindruck" gemacht habe.

Aus dieser Attacke vor Haß blind und blöd gewordener ÖVP-Redakteure zugunsten der amerikanischen Raubkriege wird auch klar, welche Kräfte hinter den faschistischen Provokationen stecken, mit denen versucht wurde, der Polizei Gelegenheit zum "Einschreiten" und "Ordnungmachen" zu geben. Auf der Rampe der Universität gipfelten diese Versuche in einem ernsten kriminellen Verbrechen: Obwohl sich der Rektor der Wiener Universität, Prof. Zerbst, unter dem Druck der Bewegung im letzten Moment entschlossen hatte, das Auditorium Maximum für ein "Teach-in" freizugeben, versuchte eine Bande neofaschistischer Terroristen des RFS und der NDP, den Eingang der Universität zu blockieren, wobei - als die Aussichtslosigkeit eines solchen Versuches klar wurde - der 32-jährige NDP-Mann Michael Schmidberger aus einer Gaspistole mehrere Schüsse direkt in die Menge hinein abfeuerte. Dabei wurde ein Demonstrant verletzt. Den Revolverhelden brachte ein Rettungswagen vor den Ohrfeigen der Angegriffenen in Sicherheit.



Übrigens hatten die Organisatoren der Demonstration die Wahrscheinlichkeit solcher und ähnlicher Provokationen (eine andere ereignete sich vor dem Ho-

tel Ambassador) von vornherein berücksichtigt und Vorkehrungen getroffen, die sich gut bewährten.

* * *

Überaus aufschlußreich ist der Umstand, daß sich die revisionistische KPÖ bzw. ihre nunmehrige Jugendorganisation, die sogenannte KJÖ, an der Demonstration vom 14. Mai 1970 nicht beteiligte, sondern lieber auf eine kleine "parteieigene" Demonstration fünf Tage später auswich! In einer langen und gewundenen Begründung dieses merkwürdigen Schrittes, die am 16. Mai auf der Titelseite der "Volksstimme" veröffentlicht wurde, konnte Fürnberg nur herumstottern, die KPÖ und ihr Anhängsel wolle der Gefahr eines Mißbrauchs der Anti-US-Demonstration durch die anderen politischen Parteien vorbeugen und zeigen, daß in Österreich "leider nur eine politische Partei - die KPÖ - diesen Kampf (gegen die US-Kriegspolitik) führt". Hinter dieser ebenso anmaßenden wie dummen Äußerung des österreichischen Mikojan steckt natürlich ganz etwas anderes, das er nicht offen auszusprechen wagt, nämlich seine lakaienhafte Angst, bei einer nicht von seinesgleichen kontrollierten Demonstration könnte auch eine Kritik an den sowjetischen Sozialimperialisten, SALT-Packlern und CSSR-Okkupanten zum Ausdruck kommen. Besteht aber Gefahr, daß die ohnedies höchst defekte "Ehre" ihrer Moskauer Drahtzieher in Zweifel gezogen wird, dann verzichten Fürnberg und Co. lieber auf die breiteste antiimperialistische Aktion und auf alle Bekundungen der "Solidarität" mit Vietnam und Kambodscha.

Es klingt wie ein Witz, ist aber traurige Wahrheit,

Fortsetzung auf Seite 9

Erfahrungen vom 1. Mai 1970

Für den 1. Mai 1970 hatte die MLPÖ wie schon im Vorjahr besonderen Wert darauf gelegt, in allen österreichischen Bundesländern und an möglichst vielen Orten gleichzeitig Kampf- und Aufklärungsaktionen durchzuführen, um einerseits maximale Breitenwirkung zu erreichen und möglichst viele Aktivisten einzubeziehen und um andererseits die zu erwartenden Eingriffe des Klassenfeinds zu erschweren. Dieses Ziel wurde im großen und ganzen erreicht und von Seiten einer Reihe von Basisgruppen der Partei kam es zu guten Aktionen und Initiativen. Dabei zeigte sich übrigens auch, daß die ernste finanzielle Lage der Partei wirkungsvolle Aktionen keineswegs unmöglich macht, sondern gute örtliche Initiativen außer der politischen auch die materielle Stärkung der Partei bewirken können.

In Wien hatte die MLPÖ eine politische Aufklärungsaktion vorbereitet, in deren Rahmen auf dem verkehrsfreien Platz bei der Einmündung der äußeren Kärntnerstraße in den Ring auch einige Tafeln im Ausmaß von 100 x 140 cm, enthaltend eine kleine Auswahl politischer Plakate, Fotos usw. aufgestellt werden sollten. Zur Betreuung dieser bescheidenen Ausstellung war eine ausreichende Ordnergruppe vorgesehen und alle Vorbereitungen waren getroffen, um den Behörden ihre bekannte "Sorge" wegen "Verkehrsbehinderung", "Personengefährdung durch umfallende Tafeln" usw. zu nehmen.

Als ein entsprechendes Ansuchen an die zuständige Wiener Magistratsabteilung gerichtet und der Bundespolizeidirektion die geforderte Meldung erstattet wurde, erhielt die MLPÖ jedoch einen strikte ablehnenden Bescheid. Wie es hieß, könnte eine solche Aktion der MLPÖ von den Teilnehmern der traditionellen Mai-Umzüge der SPÖ und KPÖ als "Provokation" empfunden werden, woraus sich im weiteren eine "Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" ergeben könnte. Eine folgende Aussprache mit dem zuständigen Oberkommissär Staubinger ergab, daß die gewünschte Erlaubnis nur abseits vom Einzugs- und Demonstrationsbereich der traditionellen Mai-Aufmärsche erteilt werden könne, jedoch grundsätzlich nicht im Bereich der Ringstraße. Dezidiert wurde dem Vertreter der MLPÖ erklärt, daß ihr weder die Aufstellung von Tribünen und Tischen noch die von Tafeln und Transparenten nahe der Ringstraße gestattet werde und die Polizei Anweisung habe, gegen eine Mißachtung dieses Verbots unnachsichtlich einzuschreiten. "Selbst wenn Sie" - so betonte Oberkommissär Staubinger - "ein Transparent mit der Losung "Es lebe unser demokratisches Österreich!" aufstellen wollten, müßten wir Ihnen das verbieten!"

Natürlich ließ sich die Wiener Organisation der MLPÖ durch dieses willkürliche Verbot nicht an der Durchführung ihrer Aktionen hindern, mußte sie jedoch in abgeänderten Formen durchführen. Da am 1. Mai an dem zunächst als Zentrum der MLPÖ-Aktionen vorgesehenen Platz ein verstärktes Aufgebot uniformierter und vor allem ziviler Polizei eingesetzt war, offenbar um die Einhaltung des ergangenen Verbots zu erzwingen, ja ein Polizeioffizier mit einer Gruppe von Handlangern sogar das Verteilen von Flugzetteln durch MLPÖ-Aktivisten zu unterbinden versuchte, mußte die Taktik dieser Situation angepaßt werden. Die sich solcherart aus der konkreten Situation ergebende Methode der Verteilung der Kräfte auf ein sehr großes Gebiet, einschließlich des Zentrums der SPÖ- und KPÖ-Veranstaltungen, bewährte sich nicht schlecht. Überall, wo es größere Menschenansammlungen gab, tauchten MLPÖ-Aktivisten auf, verteilten Flugblätter, verkauften Zeitungen und revolutionäre Literatur und führten hochinteressante und nützliche Diskussionen. Der "optische" Nachteil des Verlustes eines weithin erkennbaren Zentrums und des Fehlens von "Blickfängen" wurde weitgehend aufgewogen durch einen Rekordverkauf "Roter Fahnen", der von der MLPÖ herausgegebenen Literatur und insbesondere von "Roten Büchern". Die in hoher Auflage verteilten und bald viel zu knapp werdenden Flugblätter (das eine mit der Stellungnahme der MLPÖ zur Regierungsbildung, das andere zur SALT-Konferenz) fanden nachhaltiges Echo und boten Anknüpfungspunkte zu Diskussionen, die am Nachmittag und Abend des 1. Mai in Form detaillierterer Auseinandersetzung fortgeführt wurden und zum Teil dauerhafte Kontakte ergaben.

Trotz dieses Erfolges kann über die Willkürmethoden der Behörden, welche der MLPÖ gegenüber immer wieder auf autoritär-faschistische Methoden zurückgreifen, nicht einfach zur Tagesordnung gegangen werden. Diese Willkür wird noch deutlicher und aufreizender dadurch, daß die

Behörde gewisse ihr nützlich erscheinende Spaltergruppen, darunter die unter dem demagogischen Namen "Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)" auftretende Diversantenbande Alfred Jochas sowie die Trotzkisten grüppchen unverkennbar **f ö r d e r t** und **u n t e r s t ü t z t**. Jochas Bande zum Beispiel hat in Wien gezählte sechs Mitglieder, dazu zwei Stück in Vorarlberg und sonst soviel wie nichts, aber dieselben Behörden, welche gegenüber der MLPÖ mit immer neuen Strafen, Schikanen und Verboten vorgehen, haben dieser Bande einen günstigen Platz am Ring überlassen und ihnen nicht nur die Aufstellung einer Reklamepawlatsche, sondern auch eine Lautsprecheranlage zur Verstärkung ihrer dünnen Stimme bewilligt. Selbstverständlich, die Behörden des österreichischen reaktionären Klassenstaats wissen schon, wem sie ihr Wohlwollen und wem sie ihre Verbote zuteil werden lassen und in gewissem Sinne muß man ihnen sogar dankbar sein für die Offenheit, mit der sie zwischen Freund und Feind unterscheiden. Aber das heißt nicht, daß man sich mit solchen Verhältnissen abfinden kann.

Die MLPÖ bedarf keines Wohlwollens irgendwelcher Institutionen, schon garnicht der Behörden des kapitalistischen Staates. Aber sie ist auch nicht bereit, sich irgendwelchen Ausnahmegesetzen und Sonderbestimmungen zu unterwerfen.

Die Erfahrungen, welche die MLPÖ bei ihren heurigen Aktionen zum 1. Mai machte, verdienen gründliches Studium. Schon jetzt müssen wir daraus jene Lehren ziehen, die uns helfen können, unseren Einsatz am nächsten 1. Mai und überhaupt bei künftigen Aktionen noch besser und wirkungsvoller zu gestalten.

GLÜCKWÜNSCHE ZUM 1.MAI

Anläßlich des 1.Mai 1970 haben das ZK der MLPÖ und die Redaktion der "Roten Fahne" verschiedentlich Solidaritätsbotschaften und Glückwünsche aus dem In- und Ausland erhalten. Wir danken aufrichtig für diese ermutigenden Beweise der revolutionären Verbundenheit, die uns anspornen und unterstützen.

Besonderen Dank schulden wir der Redaktion des Zentralorgans der Partei der Arbeit Albaniens, "Z e r i i P o p u l l i t", für ihr an die "Rote Fahne" gerichtetes Glückwunschtelegramm, sowie unserer niederländischen Bruderpartei, der "Marxistisch-Leninistischen Partei der N i e d e r l a n d e", deren Botschaft an das ZK der MLPÖ wie folgt lautet:

Liebe Genossen!

Anläßlich des 1. Mai 1970 senden wir Euch unsere brüderlichen Grüße.

Jetzt, hundert Jahre nach der Geburt des Begründers des Leninismus, des Genossen W. I. L e n i n, sind wir Zeugen der unaufhaltsamen Entwicklung des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs, und immer größerer Siege über Kapitalismus, Revisionismus und Sozialimperialismus.

In diesem Moment stellt der erste chinesische Erdsatellit das dialektische Gesetz unter Beweis, daß weder die US-Imperialisten noch die sowjetischen Revisionisten den Siegeszug der chinesischen Revolution unter Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung aufhalten können.

An diesem Tag bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, das entscheidende Ziel zu erringen, das sich unsere Partei stellt: mittels des revolutionären Kampfes die Macht des Kapitals zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Wir freuen uns, daß wir dabei Eure Partei als unseren Verbündeten an unserer Seite wissen!

Es lebe der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es lebe der 1. Mai!

Zentralkomitee der MLPN
C. Petersen
(Sekretär)

Alkmaar, 1. Mai 1970

Vertreter des ZK der MLPÖ hatten bereits vor einiger Zeit Gelegenheit zu einer brüderlichen Kontaktnahme mit Genossen der MLPN, was für unsere österreichische Partei sehr wertvoll war und uns ein Bild der ausgezeichneten Arbeit vermittelte, welche die in vieler Hinsicht vor ähnlichen Problemen wie die MLPÖ stehende MLPN seit ihrer Gründung leistet. In dieser Arbeit zum Wohle des niederländischen arbeitenden Volkes wünschen wir der MLPN weiterhin große Erfolge und versichern sie unserer vollsten Solidarität.

F. St.

WIE SIE LÜGEN . . .

Im "E X P R E S S" vom 2. Mai 1970 erschien die nachstehend faksimilierte "Meldung" über eine Mai-Aktion der MLPÖ in Wien:

„Chinesen" radikal

Auch die KP-„Chinesen" feierten ihren 1. Mai in Wien, und zwar auf der Weißgerberlände. Dort hatten sich etwa 150 Leute eingefunden, die dem Obmann der Partei der „revolutionären Marxisten-Leninisten", Franz Strobl, zuhörten. Strobl rief zum Generalstreik in Österreich auf und teilte mit, er werde 1971 im Präsidentenwahlkampf als Kandidat auftreten.

Obwohl wir die Zwecklügen der bürgerlichen Presse über die MLPÖ im allgemeinen als normale Begleiterscheinung unserer Arbeit ignorieren, wollen wir obiges Beispiel, das auch in einer Radiomeldung teilweisen Niederschlag gefunden hat, unseren Lesern doch nicht vorenthalten. Die "Express"-Nachricht ist typisch dafür, w i e l e i c h t es sich die bürgerliche Presse bei der Erfindung von "Niderlagen" und "Pleiten" der MLPÖ macht, wie aufgeregt sie aber andererseits hinter uns nachschnüffelt. Selbstverständlich hat seitens der MLPÖ weder irgendjemand zu einem "Generalstreik" aufgerufen, für den offenbar mehr erforderlich ist als ein Ruf aus der Weigerberlände, noch hat sich irgendwo ein Vertreter der MLPÖ als Kandidat für die Bundespräsidentenwahlen vorgestellt. Der Umstand, daß am 3. Mai in Österreich k e i n Generalstreik ausgebrochen ist, stellt also ebensowenig einen "Mißerfolg" der MLPÖ dar wie ihr Mangel an Bereitschaft, sich bei den nächsten Bundespräsidentschaftswahlen für irgendjemandes "Wahlgeometrie" mißbrauchen zu lassen.

Fortsetzung von Seite 7

daß eben zur selben Zeit, als die Extrademonstration der auf den Breshnew-Revisionismus eingeschworenen KPÖ und ihrer jüngsten Fehlgeburt KJB "gegen den amerikanischen Imperialismus" abrollte, im Gebäude der Wiener US-Botschaft ein festliches Bankett der amerikanischen und sowjetischen SALT-Diplomaten bei erlesenen Speisen und Getränken stattfand. Da sich bei solchen Anlässen im Gefolge der sowjetischen Diplomaten gerne auch einige prominente KPÖ-Führer tummeln, hätten sie leicht in den Zwiespalt kommen können, wer von ihnen nun zur "Anti-US-Demonstration" und wer zum festlichen Cocktail in die amerikanische Botschaft gehen sollte.

Zuletzt noch einige grundsätzliche Feststellungen zur Haltung der MLPÖ zu Aktionen wie der Demonstration vom 14. Mai 1970. Auch wenn die MLPÖ nicht zu den offiziellen Veranstaltern dieser Demonstration gehörte und im Vietnambüro bis dahin nicht mit Sitz und Stimme vertreten war, ändert das nichts an ihrer grundsätzlichen Unterstützung jeder derartigen, wirklich kämpferischen antiimperialistischen Aktion. Daher hat die MLPÖ ihre Mitglieder und Freunde auch schon bei früheren Aktionen dieser Art zur aktiven Mitarbeit aufgerufen und auch im gegebenen Fall nach Kräften zum Erfolg beigetragen. Es geht uns dabei jedoch nicht um irgendwelche optische Effekte, sondern um die Förderung der Sache selbst, für die wir - das sei neuerlich ausdrücklich festgestellt - mit allen unseren Mitteln, Kräften und Möglichkeiten immer zur Verfügung stehen werden!

Die MLPÖ lehnt die sektiererische Neigung ab, die sich auch in unserem Lande entwickelnde antiimperialistische Massenbewegung bloß als Reservoir für die Werbung von Mitgliedern, einfach als eine Art von "Jagdgebiet" zu betrachten, in dem man erfolgreich auf die Pirsch nach ein paar neuen Mitgliedern und Gefolgsleuten gehen kann. Erst recht lehnen wir es ab, die zum Glück weit über den Rahmen einzelner politischer Parteien und Gruppen hinausreichende Bewegung gegen imperialistische Gewalttaten, die sich endlich auch in Österreich entfaltende Widerstandsbewegung gegen den Weltfeind Nr. 1, den US-Imperialismus, lediglich als Hintergrund zu mißbrauchen, vor dem sich mit "eigenen" Fahnen und Zeichen gut posieren läßt. Eine solche Einstellung, welche die Hauptaufgabe eigener Zeitungen, Flugblätter usw. nicht darin sieht, in das ganze arbeitende Volk hineinzuwirken, sondern innerhalb der antiimperialistischen Aktion krebsen zu gehen, ist Sektierertum ärgster Sorte und schadet der Bewegung, spaltet und vergiftet sie, hemmt und hindert ihre Entwicklung an allen Ecken und Enden. Daher verurteilen wir die "Extra-Aktionen" der Trotzkisten am 14. Mai ebenso wie die Reklametricks einiger ihrer als "Super-Maoisten" auftretender Untermieter, die in einer Massenbewegung von tausenden Menschen nichts anderes sehen als eine Kulisse zur Anfertigung "eindrucksvoller" Fotos, mit denen sich die eigene Isolation kaschieren läßt.

Um die revolutionäre Sache vorwärtszubringen, ist ernste, geduldige Arbeit nötig und nicht fauler Zauber. Man muß bei jenen wirklichen Revolutionären lernen, auf deren Schultern die ganze Last der Vorbereitung und Organisation des 14. Mai lag und die dennoch bescheiden im Hintergrund blieben, weil ihnen der Erfolg für die Sache wichtig ist und nicht irgendwelche Reklamemanöver für Sekteninteressen.

NEHMT DIE EINMONATIGE HAFTSTRAFE GEGEN MICHAEL GENNER NICHT AUF DIE LEICHTE SCHULTER !



Der provokatorische Gerichtsprozeß gegen Genossen Michael Genner, dem das "Verbrechen der Verleitung zum Aufstand" vorgeworfen wurde, weil er als Verantwortlicher für ein politisches Flugblatt gezeichnet hatte, endete vorläufig mit der Verurteilung Genners zu einem Monat unbedingtem strengem Arrest. Daß der Vorwurf der "Verleitung zum Aufstand" fallengelassen und durch den Vorwurf der "Aufwiegelung" ersetzt wurde, was das angedrohte Strafmaß beträchtlich reduziert, wird von einer Presse, die Sympathien zu Genner und zu der von ihm vertretenen Sache heuchelte, als eine "Niederlage" der reaktionären Justiz und als "Sieg" der Demokratie kommentiert. Dieser verlogenen Darstellung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die Wahrheit bewußt zu machen, ist eine wichtige Aufgabe der österreichischen Marxisten-Leninisten - umso mehr, als auch einige Angehörige der Linken, die ihre Nabelschnüre zur SPÖ und KPÖ noch nicht ganz durchgeschnitten haben, glauben, einen "Erfolg" verbuchen zu können.

Erstens ist es schon ein äußerst alarmierendes Zeichen des Vorstoßens der Reaktion, daß ein derartiger Prozeß überhaupt stattfinden konnte und daß er ungeniert weitergeführt wurde, obgleich das österreichische Justizministerium aus ÖVP-Händen in die eines sogenannten "Sozialisten" überging und die SPÖ-Führung die ganze Regierungsverantwortung übernahm. Die Illusion, daß der volksfeindliche, zutiefst antidemokratische, autoritär-faschistoide Charakter der österreichischen Justiz bloß eine Folge

ihrer Beherrschung durch die ÖVP sei und sich dieser Charakter bei Übernahme der Kommandohöhen durch die SPÖ ändern werde, ist damit zerschlagen. Es hätte bloß einer einfachen Weisung des SPÖ-Justizministers Dr. Broda bedurft und der Staatsanwalt, der bekanntlich weisungsgebunden ist, hätte von der Anklage gegen Michael Genner zurücktreten müssen, von einer Anklage, die ganz unverkennbar bezweckte, die Entwicklung einer kämpferischen linken Massenbewegung in Österreich mit Hilfe der reaktionären Klassenjustiz abzuwürgen. Der SPÖ-Justizminister hat diesen Versuch nicht gestoppt und hatte offenbar niemals auch nur entfernt die Absicht, das zu tun. Durch sein Verhalten bestätigte er die alte Erkenntnis der revolutionären Arbeiterbewegung, daß zwischen der Politik der offen bürgerlichen und der sozialdemokratischen Führer kein grundsätzlicher Unterschied besteht, obwohl bei letzteren der Aufwand an Heuchelei und Demagogie wesentlich größer ist.

Manipulation!

Zweitens ist höchst alarmierend, mit welch zynischer Verachtung aller sogenannten "Objektivität", mit welch hemmungsloser Vergewaltigung der vielzitierten "rechtsstaatlichen" Normen und Formen dieser Prozeß inszeniert wurde. Selten hat ein Staatsanwalt mit so reaktionärer Verbissenheit mit allen Mitteln und um jeden Preis um die Statuierung eines Exempels gekämpft wie in diesem Fall.

Da prügeln organisierte rechtsradikale Schläger, teils unter der Maske angeblicher "Ordner", zum Teil aber auch unter souveränem Verzicht auf diese Formalität, demonstrierende Jugendliche nieder. Die Polizei stört das nicht, sie blickt wohlwollend auf die Schläger, ja sie greift zu ihrer Verstärkung noch in einer Art ein, die selbst das Parteiblatt des Wiener Polizeipräsidenten als "nicht gerade zimperlich" ("AZ" vom 3. 6. 1970) beschreibt. Kein Staatsanwalt findet etwas daran. Erst als ein Flugblatt der Demonstranten auffordert, sich zu wehren, ist der Staatsanwalt sofort zur Stelle, wird sogleich verhaftet, verhört, hausdurchsucht, Anklage erhoben und erfolgt sogar eine Neuauflage der politischen "Vorbeugehaft" aus faschistischer Zeit.

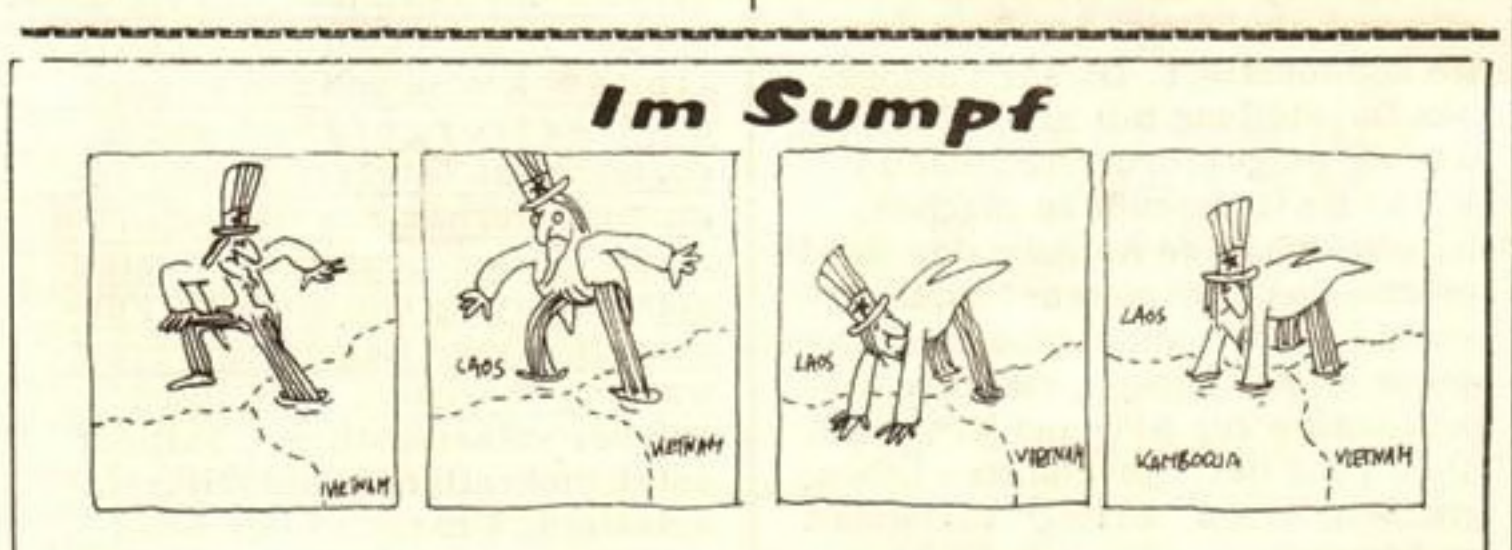
Daß die faschistischen Schläger eine Gegenwehr zu einem Gebot der Selbstverteidigung machten, daß die Brutalität der Polizei die Erregung der sich im Recht wissenden Jugendlichen zusätzlich gesteigert hatte und daß die Wahl der Worte in dem spontan verfaßten Flugblatt dieser Situation entsprach, hinderte den Staatsanwalt nicht, sich an einen halben Satz zu klammern, den sein Polizeiverstand als Appell zum "bewaffneten Aufstand" verdächtigte.

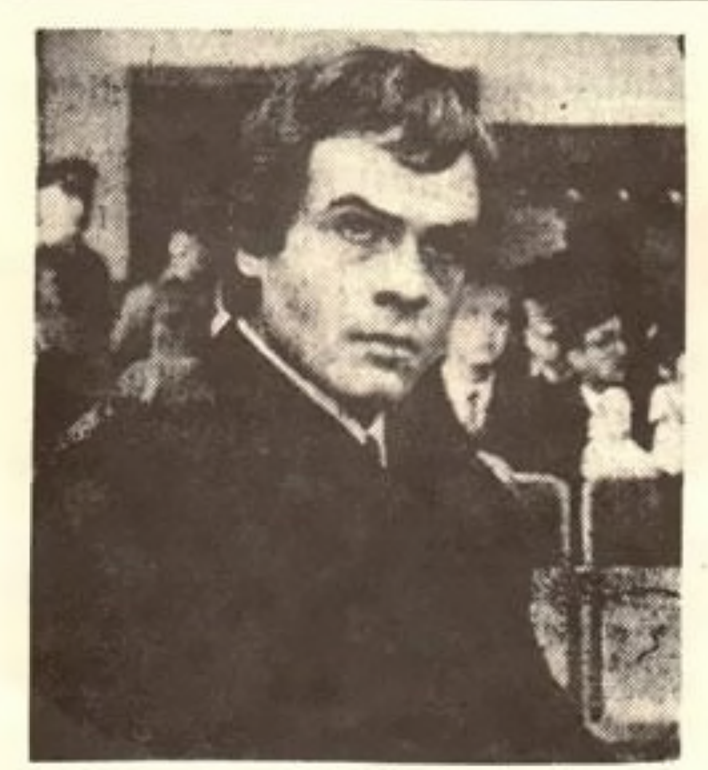
Etwas peinlich war, daß der für das "inkriminierte" Flugblatt verantwortlich zeichnende Genner ein untadeliges Vorleben hat und man ihm nicht einmal eine einzige Vorstrafe ankreiden konnte. Der Staatsanwalt brachte es dennoch fertig, ihn als notorischen Randalierer, Aufrührer und Gesetzesbrecher hinzustellen, vor dem man die Gesellschaft beschützen müsse.

Dieser "Beweis" erfolgte auf eine Art, die selbst einigen bürgerlichen Beobachtern den Magen umdrehte: Genner hat, wie ihm die Anklage vorwirft, schon mehrfach an Demonstrationen teilgenommen! Solche Demonstrationen sind in Österreich zwar nicht verboten, aber fürsorglich registriert die Polizei, wer an ihnen teilnimmt, damit diesen "Subjekten" der Staatsanwalt bei Gelegenheit einen Strick drehen kann. Im Fall Genner zitierte der Staatsanwalt zudem auch ein Flugblatt, in dem zum "Fladern" aufgefordert worden war. Genner hat mit diesem Flugblatt zwar, wie auch der Staatsanwalt weiß, nichts zu tun, distanziert sich davon auch ganz entschieden - aber stammt dieses andere Flugblatt nicht von Leuten "seinesgleichen", entspringt es nicht demselben "aufrührerischen" Charakter, den man bei Genner annehmen kann und am besten gleich vorsorglich bestrafen sollte? Bei Aktionen linker Gruppen, an denen Genner teilnahm, hat in einigen Fällen die Polizei einschreiten müssen - wohl nicht gegen Genner, aber immerhin! Vielleicht war es nur ein Zufall, daß man nicht auch ihn schon damals in flagranti erwischte! Kurz und gut, für den amtlichen Kralshüter des "demokratischen österreichischen Rechtsstaates" ist erwiesen, daß der Beschuldigte "auf Grund seines Vorlebens kein friedsamer Demonstrant, sondern eine Person ist, der die Teilnahme an Demonstrationen nur der Anlaß zur Setzung von Gewaltakten und Exzessen ist"!

Protest gegen die Verführung der Jugendlichen durch skrupellose Geschäftemacher im sogenannten "Twen-Shop", Kampf gegen die Verschacherung der verstaatlichten Industrie, gegen die Massenentlassungen bei der Elin, gegen die Teuerung, Eintreten für die sozialen Interessen und Forderungen der arbeitenden und studierenden Jugend - ach was, alles Mumpitz, faule Ausrede, verkündet der Herr Staatsanwalt. Wem geht es denn schon darum? Nein, alles das ist "nur der Anlaß" für asoziale Elemente, einen "Wirbel" zu machen, "Gewalttaten und Exzesse" zu inszenieren. Daher führt er ja auch keineswegs einen "politischen Prozeß", oh nein, bloß einen gegen kriminelle Handlungen. Gleich darauf landet er freilich wieder bei der Politik: mit erhobenem Zeigefinger erinnert der Staatsanwalt daran, daß es ja auch 1933 so begonnen habe und daß man die "Freiheit" beizeiten verteidigen müsse!

Der Schluß kam überraschend und riß das Auditorium aus seiner mühsam bewahrten Disziplin. Doch der Protest wurde, wie die "Presse" berichtete, "rasch niedergekämpft". Manchem Zuhörer wird bei der Erinnerung des Staatsanwalts an jene Politiker, die 1933 die bürgerlich-demokratischen Rechte durch die faschistische Diktatur ersetzten, vielleicht der Gedanke gekommen sein: Welche Stümper waren sie doch gegenüber jenen, die heute dasselbe versuchen und dabei noch die Impertinenz ha-




Genosse Genner bei der Verhandlung

ben, das als im Interesse der "Demokratie" und "Freiheit" gelegen anzupreisen.

Selbst etliche durch und durch bürgerliche Zeitungen haben ihrer Verwunderung Ausdruck geben müssen, wie im Fall Genner mit den Tatsachen umgesprungen wurde, wie man Widersprüche in den Aussagen der Polizisten wegwischte, wie offensichtlich man sich tendenziöser Entstellungen und Lügen bediente. So berichtete der "Kurier" am 4. Juni über einige ihm sehr "befremdlich erscheinende Praktiken der Anklage und fügt hinzu:

"Derartige Formulierungen einer Anklageschrift sind - um ein gängiges Wort zu benutzen - Manipulation!"

Konsequenzen des Schuldspruchs

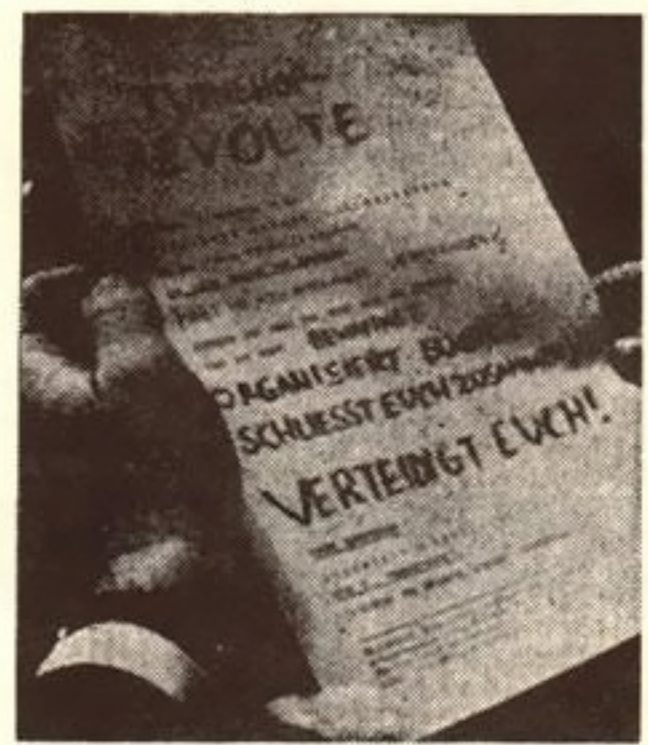
Kommen wir schließlich drittens zum vorläufigen Ausgang des Prozesses, zur Verurteilung Genners zu einem Monat strengen. unbedingten Arrests.

Die "Arbeiter-Zeitung" hat dieses Urteil einen "Rückzieher" der reaktionären Justiz genannt und auf der gleichen Linie argumentierte die revisionistische "Volksstimme", die den Prozeß von vornherein als unernst und "überflüssig" (für wen?) bagatellisierte und schließlich eine Stellungnahme der Bundesleitung der KJÖ abdruckte, in der es heißt:

"Der Prozeß gegen Michael Genner hat mit einer Blamage für jene Kreise geendet, die versuchen, mit Strafgesetzparagraphen gegen oppositionelle Jugendliche vorzugehen." ("Volksstimme" vom 9. Juni 1970). Die Verurteilung zu einem Monat Arrest, so heißt es dann noch weiter, sei bloß als Versuch der reaktionären Justiz zu werten, "das Gesicht zu wahren", also ihre Niederlage zu verbergen.

Stimmt diese Einschätzung? Kann sie irgendein Mensch mit revolutionärem Bewußtsein, ja auch nur ein einigermaßen ernstlich demokratisch eingestellter Mensch teilen? Keinesfalls! Eine solche Darstellung ist durch und durch falsch und von verhängnisvoller Gefährlichkeit. Ihr Zweck kann es nur sein, die Situation zu beschönigen, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, den kämpferischen Demokraten und Revolutionären Sand in die Augen zu streuen!

Die ganze Art, in der dieser Prozeß aufgezogen und abgewickelt wurde, gab ihm den Charakter einer faschistischen Provokation, bei der es von allem Anfang an nicht so sehr um das Ausmaß der Strafe, sondern darum ging, ob ein Schuldspruch durchgesetzt werden könne oder nicht. Daher ist es äußerste politische Instinktlosigkeit, wenn nicht etwas viel Schlimmeres, sich und andere mit dem "Argument" zu trösten, die Verurteilung sei ohnedies "nur" wegen "Aufwiegelung" und nicht wegen "Aufstandes" erfolgt, es sei ohnedies bloß ein Monat Arrest herausgekommen, dieser eine Monat sei "sowieso schon" durch die ungerechtfertigte sechswöchige "Untersuchungshaft" abgebüßt usw. Entscheidend ist leider, daß ein Schuldspruch erreicht wurde! Daß er erfolgen konnte, ist ein Schlag gegen die demokratischen Rechte im allgemeinen, ein Schlag gegen die sich formierende Linke im besonderen. Das ist keine "Blamage" und keine "Schlappe" der reaktionären Klassenjustiz, sondern ein Vorstoß von ihrer Seite! Mit dem Schuldspruch ist klargestellt, daß die Angabe eines "Für den Inhalt Verantwortlichen" auf einem politischen Flugblatt keine Formalität ist, sondern die Bereitschaft voraussetzt, sich dafür notfalls auch ins Gefängnis zu setzen, was kaum als eine Ermutigung zu "demokratischer Meinungsäußerung" aufgefaßt werden kann. Eine "unvorsichtige", nicht der Selbstzensur einer gewissen presserechtlichen Erfahrung unterworfene und von irgendeinem Staatsanwalt mißgünstig ausgelegte Formulierung in einem politischen Flugblatt kann schwerere Folgen haben als manches kriminelle Delikt. Der aus der absolutistischen Zeit stammende Begriff des "Sitzredakteurs" gewinnt wieder seine unmittelbare Bedeutung.



Das "staatsgefährliche" Flugblatt

Die Verurteilung Genners schafft ein gefährliches Präjudiz, dem bald ähnliche Urteile aus noch geringfügigeren Anlässen und mit immer höheren Strafmaßen folgen können; man gewöhnt die Öffentlichkeit an Haftstrafen für Pressedelikte; im gegebenen Fall wurde durch das Urteil sogar der als "Untersuchungshaft" getarnten politischen Vorbeugehaft nachträglich eine gewisse Rechtfertigung verschafft.

Zwei Linien

Angesichts dieser Situation und ihrer Konsequenzen hätte die Linie des Kampfes und vor allem der unmittelbaren Verteidigung Genners sein müssen, bedingungslosen Freispruch zu fordern und keinerlei Kompromisse zuzulassen. Das wäre umso leichter gewesen, als die Bedingungen zur Durchsetzung eines solchen Freispruches äußerst günstig waren: Es gab nicht nur eine glänzende Solidaritätsbewegung und breite Sympathien weit über den Einflußbereich der revolutionären Linken hinaus, sondern die ganze politische Situation in Österreich ist heute noch nicht so, daß sie eine Zuchthausstrafe wegen eines Flugblattes zugelassen hätte. Für derartige faschistische Terrorurteile muß die "öffentliche Meinung" erst "vorbereitet" werden (auch die Meinung der Geschworenen, die nicht zufällig einstimmig die "Aufstands"-Beschuldigung zurückwiesen!), wobei mit kleineren Strafen begonnen wird. Schon garnicht konnte es sich die eben installierte "sozialistische" Regierung Kreiskys leisten, ihr Debüt mit einem faschistischen Schandurteil zu feiern, das gegenwärtig nur in Spanien und Griechenland

oder in der besetzten Tschechoslowakei nähere Parallelen hätte.

Doch obwohl all das auf der Hand lag und nicht schwer zu begreifen war, obwohl es offenbar auch Genner selbst fühlte und er persönlich eine bewundernswerte Haltung und politische Klarheit bewies, ließ er es doch zu, daß man ihm den Mühlstein eines "Verteidigers" um den Hals legte, der einen ganz anderen Weg einschlug, den Weg der Erzielung einer möglichst "milden" Strafe! Diese von vornherein auf ein faules und gefährliches Kompromiß gerichtete Politik des "Verteidigers" Dr. Alexander Koch fand ihren Höhepunkt darin, daß er, der sogenannte "Verteidiger" Genners, den Antrag stellte, den Geschworenen die "Eventualfrage" vorzulegen, ob der Beschuldigte wohl nicht zum "Aufstand" gerufen, aber doch - wir zitieren wörtlich - "durch Schmähungen, Verspottungen, unwahre Angaben oder Entstellung von Tatsachen die Entscheidungen der Behörden herabgewürdigt oder auf solche Weise andere zum Hasse, zur Verachtung oder zur grundlosen Beschwerdeführung aufzureizen" bzw. "aufzuwiegeln" versucht habe. Tatsächlich, eine solche "Eventualfrage" stellte ein Mann, der seit Jahrzehnten der KPÖ angehört und seit langem von ihr als Rechtsanwalt verwendet wird! Der Staatsanwalt brauchte sich nicht zu bemühen, der "Verteidiger" selbst bereitete ihm den Weg. In diesem "Aufstandsprozeß" die "Eventualfrage" nach "Aufwiegelung" zu stellen, bedeutete, einen sonst unvermeidlichen Freispruch durch eine Verurteilung zu ersetzen! Diese "Initiative" des "Verteidigers" stützte den Angeklagten wie der Strick den Gehenkten, sie war ein Liebesdienst gegenüber dem Ankläger und seinen Hintermännern, den Michael Genner mit der Verurteilung bezahlen mußte.
Hier geht es nicht um Geschick oder Ungeschick, Fähigkeit oder Unfähigkeit des Verteidigers, sondern um etwas viel Bedeutsameres, nämlich um die politische Richtung, der Dr. Koch angehört und die ihn zu diesem Prozeß entsandte. Die Linie Kochs war nichts anderes als die Linie der KPÖ-Revisionisten und damit zugleich auch jene Linie, die dem SPÖ-Justizminister alle Wünsche erfüllte!

Dr. Koch

Allerdings lohnt es sich auch, einen Blick auf die Persönlichkeit des Dr. Koch zu werfen, den kennenzulernen man auch schon vor dem Prozeß gegen Michael Genner Gelegenheit hatte. Obwohl seit den Vierzigerjahren der KPÖ angehörend, hatte er zunächst mit der Vertretung Wiener Prostituierter in deren häufigen Gerichtsangelegenheiten eine gewisse Praxis erworben und wurde dann immer mehr auch von der KPÖ-Führung herangezogen. Als die österreichischen Marxisten-Leninisten z. Bsp. Mitte der Sechzigerjahre den inzwischen beim amerikanischen "Show-Bussiness" gelandeten Helmut Hronek aus ihren Reihen ausstießen, übernahm Dr. Koch dessen "Rechtsvertretung", wobei er so weit ging, in seinem Büro die Schreibmaschinen in "rechtsfreundliche Verwahrung" zu nehmen, die ihm Hronek aus dem Lokal der "Roten Fahne" gebracht hatte, um sie sich mit "rechtsfreundlicher Hilfe" anzueignen. Erst als diese "Ware" dem gesetzeskundigen Mann zu heiß wurde, gab er sie dem Landesgericht weiter, von wo wir sie dann holen konnten. In dieser Zeit betätigte sich Dr. Koch auch als finanzieller Unterstützer der Hronek-Jocha-Bande - bei gleichzeitigen engen Beziehungen zu KPÖ-Kreisen am Höchstädtplatz. Schließlich machte Dr. Koch Anfang 1969 von sich reden, als er mit einer interessanten politischen Aktion hervortrat: Er benützte seine günstigen Verbindungen, um die Unterschriften von 700 Wiener Prostituierten zugunsten der Errichtung öffentlicher Freudenhäuser in Wien zu sammeln, setzte sich mit diesem "sozialen" Anliegen aber nicht durch.

Diesen ehrenwerten Herrn nun einem begeisterten jungen Aktivisten und hingebungsvollen Idealisten als "Verteidiger" in einem hochpolitischen, für die ganze Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes wichtigen Gerichtsprozeß zur Verfügung zu stellen, schien der KPÖ-Führung angemessen. Der Herr hat dann ja auch getan, was von ihm zu erwarten war.

Nochmals: Es bestanden alle Möglichkeiten, einen Freispruch Michael Genners zu erkämpfen. Das wäre ein Sieg nicht bloß für ihn selbst, sondern für die ganze demokratisch-revolutionäre Bewegung in Österreich gewesen. Dank der KPÖ und ihres Abgesandten wurde diese Chance vertan. Eine einmonatige Haftstrafe für die Abfassung eines politischen Flugblatts ist jetzt in Österreich nicht nur möglich geworden, sondern gilt in der "öffentlichen Meinung" sogar noch weithin als Beweis der Milde, des Sieges der Vernunft, der "demokratischen Toleranz". Wer soll sich darüber freuen?

Österreichs junge, sich erst allmählich zu konsequent revolutionären Erkenntnissen durchringende proletarische und studentische Linke hat sicher keine Ursache, Trübsal zu blasen und sich geschlagen zu fühlen, weil die Dinge nicht so gut liefen, wie das ohne weiteres hätte sein können. Aber sie darf sich auch nicht etwas als großen Sieg aufschwatzen lassen, was ein Teilerfolg der Klassenjustiz ist. Die sich in Österreich formierende demokratisch-revolutionäre Bewegung ist nicht so schwach, daß sie sich selbst was vorlügen müßte.

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Erscheint monatlich.
Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/
Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion der "Roten Fahne", 1150 Wien, Goldschlagstrasse 64/5. Telefon 92-33-88. Jahresabonnement S 35.-, Halbjahresabonnement S 20.-. Auslandsabonnement S 45.- (DM 7.00) Postscheckkonto Nr. 173.848

